

Klaus Schönhoven

## Die Gewerkschaften in der Zeit des Nationalsozialismus

### Anpassung - Zerschlagung - Widerstand

---



*Prof. Dr. Klaus Schönhoven, geb. 1942 in Würzburg, Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaft und Germanistik in Würzburg und München, lehrt Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim.*

---

Vor einigen Jahren veröffentlichte die Historikerin Susanne Miller einen Aufsatz, in dem sie sich mit der Frage beschäftigte, welche Bedeutung die Erinnerung an den Arbeiterwiderstand in der Bundesrepublik hatte. Ihr Fazit für die frühe Bundesrepublik war eindeutig und ernüchternd: „Solange noch viele Menschen lebten, die in ihrer eigenen Biographie den Arbeiterwiderstand gegen die Nazis verkörperten und denen nahe standen, die für ihn ihr Leben verloren, wurde ihre Zeugenschaft kaum angefordert.“ Und mit Blick auf den Deutschen Gewerkschaftsbund schrieb Susanne Miller, die nach ihrer Rückkehr aus dem Exil in Westdeutschland zu den Sozialdemokratinnen der ersten Stunde gehörte: Die Gewerkschaften hätten ihren Anteil am Arbeiterwiderstand lange Zeit nicht für „eine geschichtliche Tatsache“ gehalten, „die es wert war, den eigenen Mitgliedern und der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen und zu diskutieren“.

Die Frage, warum der Widerstand gegen den Nationalsozialismus für das politische Selbstverständnis und die Traditionspflege des DGB jahrzehntelang keine besondere Bedeutung besaß, ist nicht einfach zu beantworten. Ohne Zweifel stand in der unmittelbaren Nachkriegszeit der organisatorische Wiederaufbau der einzelnen Gewerkschaftsverbände und ihr Zusammenschluss in einem alle politischen Richtungen übergreifenden Bund im Mittelpunkt des Interesses von Mitgliedern und Funktionären. Aber ebenso wenig zu bezweifeln ist auch, dass es eine gewerkschaftliche Erinnerungslast gab, die nach 1945 schwer zu tragen war. Dazu gehörte die kampflose Kapitulation der Richtungsgewerkschaften nach dem Regierungswechsel im Januar 1933, ihre Politik der Anpassung an das NS-Regime bis an die Grenze der programmatischen Selbstpreisgabe im März und April 1933, ihre gleichzeitige Hilf- und Ratlosigkeit gegenüber nationalsozialistischen Terrormaßnahmen und schließlich

ihr sich Anfang Mai 1933 in wenigen Tagen vollziehender völliger organisatorischer Zusammenbruch.

Die Rückerinnerung an Niederlagen ist namentlich für Verbände der Arbeiterbewegung, deren Selbstverständnis sich auf solidarische Erfolge und emanzipatorischen Fortschrittsoptimismus gründet, zweifellos besonders belastend. Immerhin hat der DGB dann dreißig Jahre nach seiner Gründung im Herbst 1979 eine wissenschaftliche Konferenz unter dem Motto „Aus der Geschichte lernen - die Zukunft gestalten“ durchgeführt, bei der erstmals auch die Haltung der Gewerkschaften in der Endphase der Weimarer Republik und im Jahr 1933 vor einem großen wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Forum zur Sprache kam. Der damalige DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter mahnte einen Prozess der gewerkschaftlichen Selbstklärung und Selbstkritik an und betonte: „Nur wenn Individuen, nur wenn Gruppen, Organisationen und Gesellschaften ihre Geschichte rücksichtslos verarbeiten, können sie zu ihrer Identität finden. Wer seinen Ort in der Geschichte nicht bestimmen kann, versteht auch die Gegenwart nicht und muss bei der Aufgabe versagen, die Zukunft zu meistern“.

Diese Einsicht in die identitätsstiftende Orientierungsfunktion von historischen Kenntnissen wurde vom DGB in den beiden folgenden Jahrzehnten leider mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt, nachdem es zu Beginn der 1980er-Jahre zunächst noch eine Hochkonjunktur der gewerkschaftlichen Rückbesinnung gegeben hatte, an der sich Historiker, Sozialwissenschaftler und aktive Gewerkschafter gleichermaßen beteiligten. In diesem Kontext wurde vor allem die Haltung der Gewerkschaften in der Krisenphase der Weimarer Republik kontrovers diskutiert. Die positive Antwort auf die Frage, ob die Gewerkschaften die Weimarer Republik durch einen Generalstreik hätte retten können, blieb dabei ebenso umstritten wie zugespitzte Forschungsthesen, die eine volksgemeinschaftliche Anbiederung der Gewerkschaftsführer an den Nationalsozialismus feststellten und ihnen vorwarfen, sie hätten Verrat an der eigenen Sache begangen. Aber auch die Behauptung, im Frühjahr 1933 sei eine illegale Reichsleitung der Gewerkschaften entstanden, die in der Folgezeit ein breit aufgefüchertes Netzwerk von ehemaligen Funktionären und Mitgliedern unterstützt und getragen habe, ist auf große Skepsis und auf begründeten Widerspruch gestoßen. Der heutige Kenntnisstand über die komplexe Anpassung, Zerschlagung und Widerstand der Gewerkschaften führt zu differenzierten Befunden, die sich nicht in einem eindeutigen Erklärungsmodell zusammenschließen lassen. Dies sei für die drei genannten Komplexe im Folgenden knapp skizziert.

### **Die Anpassung der Gewerkschaften an den Nationalsozialismus im Frühjahr 1933**

Unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Kanzler eines „Kabinetts der nationalen Konzentration“ am 30. Januar 1933 riefen die Gewerkschaftsführer nicht zum Generalstreik auf, sondern appellierten an das kühle Blut und die Besonnenheit ihrer Mitglieder. Man entschied sich in den gewerkschaftlichen Führungsgremien für eine Strategie des Abwartens und des defensiven Legalismus, hoffte darauf, dass die neue Regierung die Normen der Verfassung respektieren müsse und überließ ihr das Gesetz des politischen Handelns. Diese Lageeinschätzung der Gewerkschaftsführer gründete zum einen auf dem Vertrauen in die verfassungsrechtliche Vetoposition des Reichspräsidenten und auf die Spekulation, dass das konservativ-nationalsozialistische Zweckbündnis rasch wieder zerfallen werde; zum anderen

war sie das Ergebnis einer realistischen Situationsanalyse, die der weitreichenden Ohnmacht der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Rechnung trug.

Die politisch ausmanövrierten, organisatorisch erschütterten und finanziell ausgebluteten Gewerkschaftsverbände hatten nämlich weder organisatorische Vorbereitungen für einen Generalstreik getroffen noch waren sie dazu fähig, einen offenen Kampf um die Macht mit der neuen Regierung zu wagen. Niemand wusste zu sagen, wie groß das Widerstandspotential in der Arbeiterschaft noch war, zumal rund zwei Drittel der Gewerkschaftsmitglieder im Frühjahr 1933 keinen regulären Arbeitsplatz mehr besaßen. Und niemand konnte kalkulieren, wie lange man die Konfrontation mit den staatlichen Machthabern hätte durchstehen können, die zweifellos alle rechtlichen Zwangsmittel sowie die bewaffneten Formationen von Reichswehr, Polizei und paramilitärischen Parteiarmeen gegen einen Massenstreik mobilisiert hätten. Gewichtet man die subjektiven und objektiven Faktoren im Frühjahr 1933, also die passive Grundhaltung der Gewerkschaftsführer, die sie Schritt für Schritt in die Grauzone des Nichtstuns führte, und die politischen, ökonomischen und sozialen Gegebenheiten, die einen Generalstreik von vornherein zum Scheitern verurteilten, dann wird man von einer historischen Konstellation sprechen müssen, in der die Handlungsmöglichkeiten und die Handlungsspielräume der Gewerkschaften extrem begrenzt waren.

Nach den Reichstagswahlen im März 1933, aus denen das Regierungslager mit einer absoluten Mehrheit hervorging, waren auch alle noch bis dahin vorhandenen gewerkschaftlichen Hoffnungen auf einen parlamentarischen Machtwechsel vernichtet. Jetzt richteten sich die Verbandsführungen der Richtungsgewerkschaften auf die neue Verhältnisse ein, bescheinigten der Regierung, sie sei vom Votum des Volkes legitimiert, und betonten, die Gewerkschaften würden auch weiterhin ihre Pflicht erfüllen. Die bis dahin der SPD nahe stehenden Spitzengremien des ADGB distanzieren sich von der Sozialdemokratie und beteuerten ihre Bereitschaft, sich in den neuen Staat einzugliedern. Die Devise für die sich im März und April 1933 rasant vollziehende programmatische und moralische Selbstpreisgabe gab der Bundesvorstand des ADGB aus, als er - zwei Tage vor der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes - in einer Kundgebung feststellte: „Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist“. Damit hatte sich der mitgliederstärkste gewerkschaftliche Dachverband nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch von der Demokratie distanziert, um den organisatorischen Fortbestand von gewerkschaftlichen Interessenvertretungen auch im nationalsozialistischen Deutschland zu sichern.

Der Annäherung an den NS-Staat brachte man personelle und programmatische Opfer. So trat Ende März 1933 der Vorsitzende des Dachverbandes der Angestellten, Siegfried Aufhäuser, von seinem Amt zurück. Als Jude und als linker Sozialdemokrat schien er der Gewerkschaftsspitze zu sehr belastet zu sein, die seinen Rücktritt als einen „für den Weiterbestand der Gewerkschaften erforderliche Maßnahme“ rechtfertigte. Programmatisch biedernten sich die Gewerkschaften im April an den NS-Staat an. So betonte der Bundesausschuss des ADGB in einem Schreiben an die Reichsregierung: „Die Gewerkschaften erkennen nach wie vor an, dass ihre eigene Bewegungsfreiheit ihre Grenze finden muss an dem höheren Recht des Staates als Repräsentanten der gesamten Volksgemeinschaft“. Der Staat habe das Recht, „die Einheit von Staats- und Wirtschaftsführung“ herbeizuführen und solle deshalb auch einen Reichskommissar für die Gewerkschaften einsetzen. In diesen Kontext sind auch die gewerkschaftlichen Bestrebungen einzuordnen, die auf einen Zusammenschluss der Richtungsgewerkschaften unter einer einheitlichen Führung im April 1933 abzielten.

Bewertet man den Prozess der gewerkschaftlichen Anpassung und Anbiederung an die neuen Machthaber, der im April 1933 im Abbruch der internationalen Gewerkschaftsbeziehungen und in Appellen an die Mitglieder gipfelte, sich an den nationalsozialistischen Kundgebungen am 1. Mai 1933 zu beteiligen, dann wird man von Selbsterniedrigung und Selbsttäuschung, politischem Realitätsverlust und programmatischer Konzeptionslosigkeit sprechen müssen. Die Wurzeln dieses Prozesses der nationalen Ausrichtung der Gewerkschaften und ihrer Integration in die Volksgemeinschaft reichen bis in den Ersten Weltkrieg zurück, als die Gewerkschaftsführer schon einmal in den vordersten Linien an der Heimatfront gestanden hatten. Neben diesem kriegssozialistischen Erbe, das die Unterschiede zwischen Sozialismus und Nationalismus einebnete und ideologische Schnittstellen zwischen Gewerkschaften und Nationalsozialismus sichtbar werden ließ, muss man bei der Suche nach Gründen für die programmatische Selbstpreisgabe der Gewerkschaften aber auch auf deren Erfahrungen und Enttäuschungen während der Weimarer Republik hinweisen. Bereits vor 1933 waren alle emanzipatorischen Projekte der Gewerkschaften gescheitert, die auf einen sozialen Ausbau der Demokratie und auf eine partnerschaftliche Regelung der Beziehungen von Arbeit und Kapital abzielten. Und schon vor 1933 war unter dem Doppeldruck der Staats- und Wirtschaftskrise der einmal enge Schulterschluss von politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung gelockert worden. Hierbei spielten bekanntlich die diametral unterschiedlichen Krisenkonzepte und Strategien von Sozialdemokraten und Kommunisten eine selbstzerstörerische Rolle für die Einheit der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Deutschland. Schließlich wurden die Gewerkschaftsführer 1933 zum Opfer ihrer eigenen modernisierungstheoretischen Grundüberzeugungen. Ihr Credo, dass kapitalistische Industriegesellschaften auf geregelte Arbeitsbeziehungen und institutionalisierte Formen der Konfliktregulierung zwischen Kapital und Arbeit angewiesen seien, wurde von den Nationalsozialisten nicht geteilt. Deren Gesellschaftsmodell baute auf Terror auf. Die gewaltsame Auflösung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933 dokumentierte dieses totalitäre, antipluralistische Politikverständnis mit brutaler Eindeutigkeit.

### **Die Zerschlagung der Gewerkschaften nach der nationalsozialistischen Machtübernahme**

Zu Beginn des Jahres 1933 waren die deutschen Gewerkschaften trotz der vielfältigen organisatorischen, sozialen und politischen Probleme, mit denen sie während der Weltwirtschaftskrise seit 1929 permanent konfrontiert wurden, immer noch ein beachtlicher Machtfaktor. Die drei Richtungsgewerkschaften hatten zusammen mehr als vier Millionen Mitglieder, verfügten über ausgebaute Organisationsnetze im ganzen Reichsgebiet, beschäftigten Tausende von Funktionären und konnten sich auf viele lokale Vertrauensleute und Betriebsräte stützen. Die gewerkschaftliche Basis blieb trotz einer Vielzahl von Verfolgungen, die seit dem 30. Januar 1933 überall in Deutschland zum politischen Alltag gehörten, zunächst noch relativ stabil. Dies dokumentieren beispielsweise die im Frühjahr 1933 durchgeführten Betriebsratswahlen. Bei ihnen zeichnete sich zwar ein Stimmungsumschwung zugunsten der Listen der NSDAP ab, doch kam es nicht zu einem braunen Dammbbruch in den Fabriken. Obwohl massive Einschüchterungen der Belegschaften und gewalttätige Übergriffe gegen Gewerkschaftsfunktionäre das Wahlgesehehen prägten, konnten

die Nationalsozialisten die Betriebe nicht mit dem Stimmzettel erobern. In den verschiedenen Branchen und Unternehmen errangen sie nur zwischen zehn und dreißig Prozent der Sitze und blieben damit deutlich unter der von ihnen angepeilten absoluten Mehrheit.

Aus diesem für sie enttäuschenden Ergebnis hat die nationalsozialistische Führung sicherlich endgültig die Schlussfolgerung gezogen, die Gewerkschaften gewaltsam zu zerschlagen. Sie folgte dabei einer Doppelstrategie, zu der Scheinverhandlungen mit den Spitzenfunktionären der Gewerkschaften ebenso gehörten wie die brachiale Gewaltausübung gegen lokale Gewerkschaftseinrichtungen und ihre Repräsentanten. Der Terror von unten war schon vor 1933 ein Kennzeichen der nationalsozialistischen Attacken auf die Arbeiterbewegung gewesen, wobei die Opfer der Überfälle auf Gewerkschaftshäuser und Gewerkschaftsversammlungen nicht auf Rechtsschutz durch die Justiz rechnen konnten. Staatsgewalt und Gerichte standen bereits in der Übergangszeit zwischen Demokratie und Diktatur den Ausschreitungen von rechts zumeist hilflos gegenüber oder sympathisierten sogar offen mit den Tätern.

Nach der Regierungsübernahme Hitlers gehörten Rechtsbeugung und Willkür, Misshandlungen und Morde zur Herrschaftspraxis der neuen Machthaber. Gegen sie vermochten die Gewerkschaften mit ihren Eingaben und Protestschreiben nichts auszurichten. Ihre verzweifelten Appelle an den Reichspräsidenten als „Hüter und Bürgen der in der Verfassung verankerten Volksrechte“ - so ein Schreiben des ADGB-Vorsitzenden Leipart an Hindenburg - verhallten im Palais des Präsidenten ungehört. Die ihm übersandten Listen, in denen eine Fülle von lokalen Übergriffen gegen Gewerkschaftseinrichtungen aufgeführt waren, landeten unbeantwortet und vielleicht auch ungelesen im Archiv des Reichspräsidenten. Der systematische diktatorische Ausbau des neuen Regimes durch Notverordnungen und Sondervollmachten öffnete den Nationalsozialisten ab Februar 1933 für weitere Gewalttaten Tür und Tor und umhüllte ihre Exzesse noch mit dem Mantel der Scheinlegalität.

Unter diesen Bedingungen war der Zusammenbruch der Gewerkschaften nur noch eine Frage der Zeit, zumal sich ihre lokalen Stützpunkte nach der Besetzung und Beschlagnahme zahlreicher Gewerkschaftshäuser in einem ständig desolater werdenden Zustand befanden. Der gezielte Terror gegen haupt- und ehrenamtliche Funktionäre, die Vielzahl von willkürlichen Verhaftungen, nächtlichen Verhören, Verschleppungsaktionen und Folterungen entfalteten eine einschüchternde und entmutigende Wirkung auf die Gewerkschaftsmitglieder. Unter ihnen wuchs die Verunsicherung, schwand die Kampfmoral und entstand eine resignative Grundstimmung, in der sich einerseits die Unzufriedenheit mit der Anpassungspolitik der gewerkschaftlichen Verbandsführungen widerspiegelte und sich andererseits ein wachsendes Gefühl der Rat- und Orientierungslosigkeit ausdrückte.

Am 2. Mai 1933 wurde der Gewerkschaftsbewegung endgültig das Rückgrat gebrochen. Nur einen Tag nach den mit Prunk und Pomp inszenierten nationalen Maifeiern ließ das NS-Regime in einer generalstabsmäßig geplanten und handstreichartig durchgeführten Großaktion alle Einrichtungen der Gewerkschaften besetzen, das Vermögen der Verbände beschlagnahmen, Hunderte von Funktionären verhaften und in Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppen. Den Zeitpunkt für das Ende von autonomen Gewerkschaften hatten die nationalsozialistischen Machthaber zynisch auf den Tag festgelegt, der auf den erstmals als Staatsfeiertag begangenen „Tag der Arbeit“ folgte. Die Gewerkschaftsführer wurden von den als „Gleichschaltung“ charakterisierten Aktionen völlig überrascht. Dass ihr Anpassungskurs diesen Untergang vielleicht erleichtert hatte, erkannten sie erst, als es für eine Kurskorrektur zu spät war. Sie hatten versucht, wie der SPD-Vorsitzende Otto Wels bereits im April 1933 durchaus zutreffend feststellte, „das Leben der Organisation durch die Preisgabe

der Idee zu erkaufen“. Dies war jedoch - wie Wels betonte - „ein hoffnungsloses Unternehmen“.

### **Gewerkschafter in Widerstand und Wartestand**

Mit der gewaltsamen Zerschlagung der Gewerkschaften war eine historisch beispiellose Situation entstanden: Eine hoch entwickelte und komplexe Industriegesellschaft hatte auf ein Organisationssystem verzichtet, in dem die Erwerbstätigen ihre Interessen autonom definieren konnten, und sie hatte Verfahrensweisen vernichtet, die einer rationalen Konfliktregelung zwischen Kapital und Arbeit dienten. Während der nationalsozialistische Staatsapparat nun über andere Mittel und Wege nachdenken musste, wie er den Arbeitsmarkt kontrollieren und regulieren konnte, standen die aus ihren gewerkschaftlichen Zusammenhängen herausgerissenen Arbeitnehmer vor der Notwendigkeit, neue Konfliktmuster und Kampfformen zu entwickeln, um ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren solidarischen Zusammenhalt zu bewahren. Die Arbeiter ohne Arbeiterbewegung waren auf sich selbst angewiesen, was in vielerlei Hinsicht zu Handlungsformen führte, die an frühindustrielles proletarisches Verhalten erinnerten.

In den im Laufe der ersten drei Monate der NS-Herrschaft zermürbten und zertrümmerten Gewerkschaften hatte man sich auf die Arbeit im Untergrund nicht planmäßig vorbereitet. Da die Diktatur im Mai 1933 mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die gewerkschaftlichen Organisationsnetze rigoros zerstörte, konnte sich der Arbeiterwiderstand nur noch in einem illegalen Aktionsraum entfalten. In dessen konspirative Eigengesetzlichkeit mussten sich die politischen und gewerkschaftlichen Kader der untergegangenen Arbeiterbewegung erst eindenken und einleben, was namentlich älteren Funktionären und Mitgliedern schwer fiel. Sie hatten jahrzehntelang auf dem Boden der Legalität agiert, waren mit Organisations- und Kommunikationsformen vertraut, die sich an demokratischen Prinzipien orientierten, und verfügten über Kompetenzen, die für ein solidarisches und kollektives Auftreten erforderlich waren. Auf den plötzlichen Verlust dieser Art von gewerkschaftlicher Öffentlichkeit, die den Berufsalltag und die Freizeit gleichermaßen eingeschlossen hatte, reagierten viele Gewerkschaftsmitglieder mit dem Rückzug in die Privatsphäre oder in den vertrauten Freundeskreis, um in dieser Solidargemeinschaft die Diktatur zu überwindern. Zugespitzt kann man also feststellen, dass die Mehrheit der Gewerkschaftsfunktionäre und die Masse der Gewerkschaftsmitglieder die NS-Diktatur im Wartestand überwinterete, ohne im Widerstand aktiv zu werden. Dies ist nicht besonders verwunderlich, wenn man sich von einem klassenkämpferischen Vorverständnis trennt und das Verhalten der Arbeiter ohne Arbeiterbewegung an deren realen Handlungsmöglichkeiten in der NS-Diktatur misst, die ihrerseits mit Terror und Einschüchterung, aber auch mit Bestechung und Belohnung operierte, wenn es um die Bändigung des Widerstandspotentials und die Integration der Arbeiterschaft in das Dritte Reich ging.

Die in den Reihen der Gewerkschaften zum Widerstand entschlossenen Gegner des Nationalsozialismus mussten - wie auch die Repräsentanten des politischen Widerstands - erst Methoden und Verhaltensweisen entwickeln, die persönliche Risikobereitschaft und totalitäre Gefährdung angemessen gewichteten. Im Unterschied zu den Kommunisten, die auf die Karte des Massenwiderstandes setzten und damit nach großen Verlusten in kurzer Zeit völlig scheiterten, konzentrierten sich die Gewerkschafter im Widerstand von Anfang an auf den informellen Zusammenhalt in kleinen Zirkeln, auf die Bewahrung von kommunikativen

Verbindungen zwischen den entlassenen Funktionären und auf das Knüpfen eines konspirativen Netzwerkes.

Dessen Größe und Struktur lässt sich aus den wenigen überlieferten Spuren nicht zweifelsfrei rekonstruieren. Hochrechnungen von Historikern, die im Untergrund eine Massenorganisation mit Hunderttausenden von Mitgliedern ausmachen wollten, sind sicherlich viel zu optimistisch. Auch die Existenz einer illegalen Reichsleitung, die als effiziente Koordinierungsinstanz zwischen den verschiedenen gewerkschaftlichen Widerstandszirkeln fungierte, wird man eher dem Reich der Phantasie als dem der Realität zuordnen müssen. Prüft man die überlieferten Quellen der Verfolgten und der Verfolgungsinstanzen, dann lässt sich ein illegales Informations- und Kontaktnetz rekonstruieren, dem mehrere Tausend ehemalige Gewerkschaftsmitglieder angehörten, wobei Funktionäre der mittleren und oberen Ebene als Koordinatoren eine wichtige Rolle spielten.

Von einer Reihe von Gewerkschaftsfunktionären wissen wir, dass sie über das vorsichtige Kontakthalten im kleinen Kreis hinausgingen und eine sehr umfangreiche konspirative Aktivität entwickelten, die auf den Sturz der Diktatur zielte. Die meisten Stützpunkte dieser Kerngruppen des gewerkschaftlichen Widerstandes fielen jedoch spätestens in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre dem Gestapo-Terror zum Opfer. Wer von diesen Widerstandskämpfern nicht verhaftet wurde und ins Ausland entkommen konnte, schloss sich zumeist internationalen Gruppen an, die sich bis zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges bemühten, von jenseits der deutschen Grenzen die noch existierenden Kader im Inland zu unterstützen und mit Informationen zu versorgen. Hier spielten die international besonders gut vernetzten Verbände der Eisenbahner und Transportarbeiter eine herausragende Rolle.

In den dreißiger Jahren waren Paris und Prag die Drehscheiben des gewerkschaftlichen Exils, im Krieg gingen von Stockholm und London die meisten Impulse aus. Hier entstanden während der Kriegsjahre auch Konzepte für eine gewerkschaftliche Neuorganisation nach der Niederwerfung des Nationalsozialismus, die alte richtungsgewerkschaftliche Gräben zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen überwinden wollten und eine einheitsgewerkschaftliche Reorganisation der deutschen Gewerkschaftsbewegung anstrebten. Ähnliche Überlegungen formulierten gleichzeitig auch Widerstandsgruppen in Deutschland, als deren führende Köpfe der christliche Gewerkschafter Jakob Kaiser und der sozialdemokratische Gewerkschafter Wilhelm Leuschner genannt werden müssen. Beide Gewerkschaftsführer arbeiteten seit 1933 eng zusammen und koordinierten verschiedene Widerstandsaktivitäten. Während des Krieges erweiterten sie ihre Kontakte bis in das Lager des bürgerlich-konservativen Widerstandes um Carl Goerdeler und bis in den Kreisauer Kreis hinein. Leuschner, der nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet wurde, hat sein Vermächtnis in einem Satz gebündelt: „Schafft die Einheit“. Diese Forderung wurde zum Fundament des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Kriegsende.

## **Fazit**

In der Ära der nationalsozialistischen Diktatur hatte die deutsche Arbeiterbewegung zum zweiten Mal in ihrer Geschichte eine zwölfjährige Verfolgungszeit zu überstehen, die sich allerdings wegen ihrer beispiellosen Barbarei und Brutalität jedem Vergleich mit der Bismarckzeit entzieht. Die totalitäre Dimension des NS-Regimes wurde anfangs in der deutschen Gesellschaft von kaum jemandem richtig eingeschätzt, auch nicht von den Gewerkschaftsführern. Sie wollten im Frühjahr 1933 den Boden der Legalität nicht verlassen, weil die

einzigste denkbare Alternative - der Aufruf zum Massenstreik - ein selbstmörderisches Abenteuer gewesen wäre. Ihre dann unter dem Eindruck der ersten Verfolgungswellen des NS-Regimes praktizierte Politik der Anpassung knüpfte an nationale und volksgemeinschaftliche Leitbilder aus dem Ersten Weltkrieg an. Man verwarf die republikanischen und internationalen Ideale der Arbeiterbewegung und entschied sich damit für eine Verhaltensvariante, die man als intellektuellen Selbstmord charakterisieren kann.

Nach der gewaltsamen Zerschlagung der Gewerkschaften gab es für Massenwiderstand keinen öffentlichen Aktionsraum mehr, um die Diktatur erfolgreich zu bekämpfen. Die in kleinen Zirkeln und Netzwerken arbeitenden gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen konnten den Sturz des NS-Regimes nicht herbeiführen, obwohl viele ihrer Mitglieder ihr Leben riskierten und Opfer von Folter, Mord und Hinrichtung wurden. Träger dieses Widerstandes waren sehr häufig ehemalige lokale und regionale Gewerkschaftsfunktionäre, die noch im Frühjahr 1933 den Anpassungskurs ihrer Verbandsführungen unterstützt oder zumindest hingenommen hatten. Sie tradierten dann in den zwölf Jahren der NS-Diktatur das ideelle Erbe der Gewerkschaften, bemühten sich um den solidarischen Zusammenhalt der Arbeiter ohne Arbeiterbewegung und bereiteten den organisatorischen Wiederaufbau von Verbänden für die Zeit nach der Diktatur vor. Gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Emigrantengruppen, aber auch unabhängig von ihnen, formulierten diese Gewerkschafter im Widerstand das Zukunftsprogramm der Einheitsgewerkschaft. Dieses Konzept für einen Neuanfang zog politisch und organisatorisch die richtigen Lehren aus der 1933 katastrophal abgebrochenen Gewerkschaftsgeschichte und rechtfertigte den Anspruch der Gewerkschaften auf Mitwirkung im demokratischen Nachkriegsdeutschland aus den Erfahrungen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.